



Sehr geehrte Damen und Herren,

unseren aktuellen Newsletter senden wir Ihnen pünktlich zum Sitzungsende des Bundesrats. Besondere Aufmerksamkeit gab es heute für ein ganzes Bündel an EU-Vorlagen, wie beispielsweise der Bericht zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in der EU, die Konferenz zur Zukunft Europas sowie die europäische KI-Strategie.

Außerdem freut es mich sehr, dass es uns in diesem Jahr wieder gelungen ist, den Tag der offenen Tür in der Hessischen Landesvertretung durchzuführen. Traditionell laden am 3. Oktober, dem Tag der Deutschen Einheit, Hessen sowie die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein zum Tag der offenen Tür in ihre Landesvertretungen ein. In dieser Ausgabe erfahren Sie auch, was es bei uns alles zu entdecken gab.

Mit freundlichen Grüßen,
Ihre

Lucia Puttrich
Staatsministerin

BUNDESRAT - Plenarsitzung am 8. Oktober 2021

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Gestaltung der Konferenz zur Zukunft Europas



© Bundesrat /Henning Schacht

Der Bundesrat hat sich erneut mit der Konferenz zur Zukunft Europas befasst. Die Mitglieder des Bundesrats haben die Gelegenheit genutzt, sich zu äußern und für eine aktive Teilnahme zu werben.

Staatsministerin Lucia Puttrich betonte, dass die Zeit reif sei für Reformen auf europäischer Ebene. Leider käme der Prozess nur langsam voran. Damit die ambitionierten Ziele der Konferenz nicht ins Gegeteil verkehrt würden, müsse sich der "Bundesrat regelmäßig zu Wort melden und somit zum inhaltlichen Antreiber der Konferenz werden".

Der Europaausschuss hatte außerdem eine umfangreiche Stellungnahme vorbereitet, die auch von Hessen mitgetragen wurde. Unter anderem betont der Bundesrat abermals seinen Mitwirkungsanspruch in Angelegenheiten der EU. Die Länder seien direkt betroffen, wenn es um Fragen der Weiterentwicklung der EU gehe. Daher wird die Bundesregierung aufgefordert, den Bundesrat im Sinne der Regelungen des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBLG) zu informieren und zu beteiligen, insbesondere bei der Festlegung der Positionierung der Bundesregierung.

>>> mehr dazu unter [Bundesrat.de](https://www.bundesrat.de)

Die Lage der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union



© Bundesrat /Dirk Deckbar

Der Bundesrat hat sich auch zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021 geäußert, den die Kommission am 20. Juli 2021 vorgelegt hat. In der Mitteilung wird die Lage der Rechtsstaatlichkeit in den EU-Mitgliedstaaten in den vier Themenabschnitten Justizwesen, Korruptionsbekämpfung, Medienpluralismus und -freiheit sowie Kontrolle und Gegenkontrolle dargestellt.

Der Bundesrat unterstützt das Anliegen der Kommission, die Rechtsstaatlichkeit zu stärken und Probleme zu identifizieren. Allerdings wurde auch die Erwartung formuliert, die Justizbehörden der Länder rechtzeitig bei der Erstellung der künftigen Rechtsstaatlichkeitsberichte einzubinden.

Vor dem Hintergrund, dass die EU als Rechtsgemeinschaft weiterhin vor vielen Herausforderungen stehe, begrüßte der Bundesrat die Instrumente zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit, die im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas diskutiert werden. Deren Weiterentwicklung sei notwendig, um die europäischen Werte dauerhaft zu schützen.

>>> mehr dazu unter [Bundesrat.de](https://www.bundesrat.de)

Bußgeldnovelle Erste Verordnung zur Änderung der Bußgeldkatalog-Verordnung



© Bundesrat/ Steffen Kugler

Der Bundesrat hat heute einem Vorschlag der Bundesregierung zur Änderung der Bußgeld-Verordnung zugestimmt. Mit der Änderung des Bußgeldkatalogs sollen Verkehrsverstöße angemessen sanktioniert werden, um dadurch die Sicherheit insbesondere für den Rad- und Fußverkehr zu erhöhen. Mit der Novelle werden Rechtsunsicherheiten beseitigt, die wegen eines Formfehlers in der ursprünglichen Fassung vom 20. April 2020 in der Praxis nicht bzw. nicht vollständig angewendet werden konnten.

Künftig sind u.a. höhere Strafen für das Blockieren der Rettungsgasse und für das Parken auf Geh- und Radwegen vorgesehen. Anhalten auf dem Schutzstreifen für Radfahrer kostet zukünftig mindestens 100 Euro. Wer in der zweiten Reihe parkt zahlt künftig 55 Euro statt bisher 20 Euro. Zudem steigen die Bußgelder für Geschwindigkeitsüberschreitungen spürbar. Wer beispielsweise innerorts bis zu 10 km/h zu schnell unterwegs ist, zahlt künftig 30 Euro statt 15 Euro Verwarngeld. Wird die zulässige Geschwindigkeit innerorts zwischen 16 und 20 km/h überschritten, sind 70 Euro statt bisher 35 Euro zu bezahlen.

>>> mehr dazu unter [Bundesrat.de](https://www.bundesrat.de)

VIDEOS

Unsere **Veranstaltungen** können Sie auf unserem **YouTube** Kanal **Hessen in Berlin und Europa** sowie bei **Twitter** unter **@EUBerlinEuropa** abrufen.

BILDERGALERIE

Tag der offenen Tür am 3. Oktober 2021

Bundesweit wurde am 3. Oktober die Deutsche Einheit gefeiert. An diesem Tag laden traditionell Hessen sowie die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein zum Tag der offenen Tür in ihre Landesvertretungen ein.

Interessierte Besucherinnen und Besucher konnten sich auch diesem Jahr einen Einblick in die Arbeit der Hessischen Landesvertretung verschaffen und hinter die Kulissen schauen. Auf dem Außengelände wurde unter anderem ein Gefängniswagen aus der Gedenkstätte Hohenschönhausen sowie ein echtes Fluchtauto ausgestellt. Die Hessen-Agentur präsentierte erstmals die neue Kampagne „Typisch hessisch“ mit vielen Tipps für Reiseziele in Hessen und für die jüngsten Gäste standen Karussellfahrten und Klima-Experimente auf dem Programm.



© HLV Berlin/Miguel Bruschi

>>> [weiterlesen und zur Bildergalerie](#)



Hessische Landesvertretung
In den Ministertärten 5
10117 Berlin
Telefon 030. 726 200 500
www.landesvertretung.hessen.de
www.stk.hessen.de

Parkplätze stehen leider nicht zur Verfügung.
Öffentliche Verkehrsmittel:
U2 & S-Bahn »Potsdamer Platz«, 2 Min.,
barrierefrei,
Fußweg über Ebertstraße Richtung
Brandenburger Tor.

Sollten Sie kein Interesse an unserem Newsletter haben, dann klicken Sie bitte auf folgenden [Abmeldelink](#). Ihre Daten werden danach bei uns gelöscht.

Korrekturen Ihrer Kontaktdaten können Sie gerne an veranstaltungen@lv.hessen.de senden.

Wir speichern auf Basis von Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO Ihre Kontaktdaten, um Ihnen den Informationsdienst der Hessischen Landesvertretung zuzuschicken. Damit Sie diesen Newsletter auch zukünftig erhalten, speichern wir Ihre Daten dauerhaft, solange Sie der Speicherung Ihrer Daten nicht widersprechen.

Sie haben das Recht, von uns Auskunft über die bei uns zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten. Sie können der Speicherung widersprechen und haben das Recht auf Berichtigung, Sperrung/Einschränkung und Löschung Ihrer gespeicherten Daten.

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die Hessische Landesvertretung, In den Ministertärten 5, 10117 Berlin, datenschutzbeauftragter@lv.hessen.de.

Sie können sich über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei der zuständigen Aufsichtsbehörde beschweren. Das ist der Hessische Datenschutzbeauftragte, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden.

Hessische Landesvertretung
In den Ministertärten 5
10117 Berlin

Hessen in Berlin und Europa im Social Web:

